



IRS Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung

In dieser Ausgabe

- Auf dem Weg zur stadtreionalen Handlungsfähigkeit?
- Hoffnungsträger: Netzwerkkooperation
- Dialogischer Prozess: Leitbildentwicklung
- Lokales Wissen und Local Governance
- Nicht nur für den internen Gebrauch gedacht: Geburtstagsgruß für K.-Dieter Keim
- Emanzipatorische Leibniz-Gemeinschaft
- Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft
- Vorträge
- Zu Gast am IRS
- Veröffentlichungen
- Das IRS in den Medien

Die Zivilgesellschaft ...

im Rahmen von wirtschafts- und sozialräumlichen Steuerungskontexten: eine kalkulierbare Größe?

Früher, im Westen, da war alles einfacher. Wurde nach der Zivilgesellschaft gefragt, so lautete die Antwort ungefähr: „Schaut mal bei eurer Bürgerinitiative um die Ecke nach.“ In der Tat: Neue soziale Bewegungen und ihre lokalen Ableger boten in den 70er und 80er Jahren verlässliche, weithin sichtbare Anlaufstationen für diejenigen, die in ihrer Kommune oder im eigenen Kiez etwas verändern wollten. Häufig ging es nicht nur darum, dem lokalen Staat mehr Partizipation abzutrotzen, sondern auch um die Formulierung von basispolitischen Gegenpositionen und organisationellen Gegenentwürfen. Entsprechend groß war die Medienresonanz auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten.

Seit Beginn der 90er Jahre hat sich die Szenerie deutlich gewandelt. Nicht nur, dass es stiller geworden ist um die Aktivisten an der gesellschaftlichen Basis. Auch die Aktivitäten und die Handlungsarenen haben sich verändert. Die vormals oft als unausweichlich erscheinende Konfrontation zwischen Basis und lokalen Eliten ist mehr und mehr kooperativen Be-

teilungsformen und Verhandlungskulturen gewichen. Dies kommt besonders bei der öffentlichen Behandlung von Problemen der Stadtentwicklung zum Ausdruck. Runde Tische mit einer großen Vielfalt an Beteiligten, moderierte Quartiersforen und kommunikative Instrumente des Quartiersmanagements zählen mittlerweile zur Grundausstattung jeder Gemeinde, die sich nicht „bürgerfern“ schelten lassen will. Was früher über längere Zeit lautstark eingefordert werden musste, steht heute oftmals gleich zu Beginn als Verhandlungsangebot zur Debatte, und zwar mit dem Anspruch, Verhandlungsergebnisse im Konsens zu erzielen.

Mit diesem Schwenk zu einer von Politik, planender Verwaltung und Nicht-Regierungsorganisationen gleichermaßen akzeptierten Kooperationsperspektive hat sich eine paradoxe Situation herausgebildet: Die Zivilgesellschaft – als Tertium neben Markt und Staat – ist passiver geworden, scheint sich in vielen Fällen zurückzuziehen aus dem öffentlichen Aushandlungsgeschäft. Moderatoren

Editorial

Liebe Leserin, Lieber Leser,

im Schwerpunktthema dieser Ausgabe geht es also um „die Zivilgesellschaft“. Vor allem geht es uns natürlich um ihre Bedeutung für wirtschafts- und sozialräumliche Steuerungsprozesse. Für das IRS spielt der zivilgesellschaftliche Ansatz seit Anfang der neunziger Jahre eine Hauptrolle, seit geraumer Zeit wird er flankiert/erweitert durch „Governance“ und „Placemaking“. Dieser Dreiklang findet in der Wissenschaftsgemeinde, die sich mit der Entwicklung von Städten, Regionen und dem, was dazwischen liegt, befasst, inzwischen Resonanz. Wie sieht es aber in der Praxis aus, wie verstehen Leute aus Politik und Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen eine zivilgesellschaftliche Mitsteuerung? Welche Erfahrungen zeichnen sich jetzt vor allem in Ostdeutschland ab, wo in das Konzept einer gesellschaftlich breit getragenen Regionalentwicklung besonders hohe Erwartungen gesteckt wurden?

Unter der Federführung der IRS-Forschungsabteilungen 3 „Wissensmilieus und Siedlungsstrukturen“ sowie 4 „Regenerierung schrumpfender Städte“ ist eine Einschätzung entstanden, die sich nicht so leicht auf den Punkt bringen lässt. Die Autorinnen und Autoren präsentieren eine Zwischenbilanz, die uns genauer hinschauen lässt. Es dürfte klar werden: Als „Weichspüler“ für wirtschaftsräumliche Krisenerscheinungen ist die Zivilgesellschaft nicht zitierfähig. Und ohne sie geht es schon gar nicht ... Aber lesen Sie selbst.

Gerhard Mahnken

sehen sich unversehens in die Rolle versetzt, zivilgesellschaftliche Akteure mobilisieren zu müssen – nicht zuletzt deshalb, weil ansonsten der Anspruch auf Verwirklichung partizipativer Planungsprinzipien nicht aufrecht zu erhalten wäre. Je stärker der lokale Staat und formelle Organisationen auf „die Zivilgesellschaft“ zugehen, so scheint es, desto stärker weicht sie aus.

Dabei mag im Einzelfall durchaus die ältere Furcht vor einer „konservativen Umarmung der Revolution“ eine Rolle spielen. Häufig sind jedoch andere Gründe ausschlaggebend – etwa die zunehmende Individualisierung und Fragmentierung der Interessen an der sozialen Basis oder der stärkere Bezug des individuellen Engagements auf die eigenen Interessen, häufig verknüpft mit einer ausgesprochenen NIMBY-Mentalität¹. Für Kommunalpolitik, weit häufiger aber noch für intermediäre Akteursverbünde und Netzwerke stellen sich damit zwei Probleme: zum einen, die richtigen zivilgesellschaftlichen Adressaten für ihre Anliegen ausfindig zu machen, zum anderen, diese Adressaten auf die richtige Weise anzusprechen und zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zu motivieren.

Governance – und vor allem „Good Governance“² – wird daher zu einer immer anspruchsvolleren und voraussetzungsvolleren Aufgabe. Für diejenigen, die daran interessiert sind, kommunikative Steuerungsprozesse weiter zu entwickeln, wird nicht nur die Frage nach tragfähigen Konzepten wichtig, sondern auch die Frage nach guten Praxisbeispielen – vor allem solchen Beispielen, in denen zivilgesellschaftliche Akteure von sich aus Kommunikationsprozesse angestoßen haben oder in denen es gelungen ist, solche Akteure als wichtige Ver-

handlungspartner ins Boot zu holen. In unterschiedlichen Projektzusammenhängen sind am IRS in den vergangenen Monaten Probleme und Praxisbeispiele rund um städtische und regionale Governance-Prozesse bearbeitet worden. Die Bandbreite der thematisierten Steuerungsbereiche, der untersuchten Steuerungsformen und der mit ihnen verknüpften Problemlagen reicht von der Bildung global-lokaler Kompetenznetzwerke im Umfeld der neuen Wissensökonomien über die neue Aufmerksamkeit für lokales Wissen (z.B. im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Sozialen Stadt) bis hin zur dialogischen Entwicklung von Leitbildern in ostdeutschen Städten.

Ostdeutsche Befindlichkeiten

Ein Wort noch zur ostdeutschen Governance-Thematik. Theoretisch war zur Wendezeit eigentlich alles klar gewesen. Der westdeutsche Aufbruch zu neuen Governance-Ufern sollte auch den Aufbau Ost von Anfang an beflügeln. Neue Steuerungsformen in den Städten und Regionen erschienen als eine Aufgabe des richtigen Designs, die praktische Umsetzung konnte nur eine Frage politisch-planerischer Fingerübungen sein. Ob grenzüberschreitende Kooperation an der EU-Ostgrenze oder jüngst die Gestaltung des Stadtumbaus – integratives und kooperatives Handeln einer Vielzahl von Beteiligten wurde von den programmatischen Verlautbarungen bis hin zur konkreten Ausformulierung einschlägiger Förderinstrumente (z.B. des Bundesprogramms „Stadtumbau Ost“) ernsthaft inszeniert und mit viel gutem Willen eingefordert.

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben diese Erwartungen deutlich gedämpft. Die bürgerschaftlichen Träger der Zivilgesellschaft befinden

¹ NIMBY= engl. „Not In My BackYard“ bezeichnet eine Haltung, die sich ausschließlich darauf richtet, die persönlichen Interessen zu wahren und zu diesem Zweck kurzfristige Aktionsbündnisse mit Gleichgesinnten einzugehen. Über dieses Partikularinteresse hinaus verbindet sie mit ihren Bündnispartnern meistens wenig. Klassisches Beispiel sind die „No Growth Coalitions“ der Eigenheimbewohner amerikanischer Vorstädte, die sich gegen den Zuzug neuer Haushalte wehren.

² Zum Begriff „Governance“ vgl. auch den Beitrag von Fichter-Wolf in dieser Ausgabe.



Workshop mit Bürgerinnen und Bürgern in Eisenhüttenstadt.

sich in Ostdeutschland auch fast 15 Jahre nach dem Systembruch nicht da, wo sie den gängigen Lehrmeinungen nach stehen sollten. Sie sind kaum in Bürgerinitiativen oder Verbänden organisiert, intervenieren selten in Planungsprozesse, mischen sich auch nicht in die lokalen Debatten um Schrumpfung und neue kommunale Sparopfer ein. Ja, es ist vielerorts sogar unklar, welche personelle und institutionelle Basis die Zivilgesellschaft überhaupt hat und welche Personen bzw. Gruppierungen überhaupt für welche Initiative mobilisierbar sind.

Dem Klagen über die geringe Sichtbarkeit folgt stets die Forderung nach Mobilisierung „der“ Zivilgesellschaft auf dem Fuß. Sie trifft in Ostdeutschland einen empfindlichen Nerv – allerdings nicht in der Weise, wie es von den westdeutschen Vordenkern der Governance-Konzepte vorhergesehen worden war. Nicht „Alles wird gut“ ist die Botschaft, die in den ostdeutschen Städten und Regionen vernommen wird, sondern „Hier wird Unruhe gestiftet“. Das Handeln in zivilgesellschaftlichen Kontexten verändert nämlich die lokalen Öffentlichkeiten insofern, als ehemals Privates veröffentlicht und damit allgemein sichtbar wird. Der Anspruch auf individuelle Einmischung und Teil-

habe fordert diese Veröffentlichung ein und kollidiert dabei mit gegenläufigen Deutungen, die tief in der ostdeutschen Alltagskultur verwurzelt sind. Sie kommen in Dispositionen zum Ausdruck, die in sozialistischen Zeiten erworben wurden, vor allem in dem Bedürfnis, das Private vor politischen Zugriffen und Einflussnahmen zu schützen und zu diesem Zweck das alltägliche Handeln außerhalb von formellen Organisationen zu informalisieren. Diese Dispositionen sind nach der Wende nicht etwa über Nacht verschwunden. Im Gegenteil: Größere Öffentlichkeiten und ihre Tendenz zur Entprivatisierung des Lokalen werden von vielen Akteuren auch unter veränderten systemischen und alltagskulturellen Bedingungen weiterhin als bedrohlich wahrgenommen. In ihrer Sichtweise bleiben den Individuen und alltagskulturellen Gemeinschaften zu wenige Rückzugsmöglichkeiten. Sie fühlen sich zur Stellungnahme und Rechtfertigung herausgefordert, wo bislang stillschweigendes Sich-Arrangieren mit den Verhältnissen für geboten gehalten wurde.

Der Anspruch auf offene Aushandlung, auf Intervention der „Basis“ trifft auf eine Situation, in der das Verhältnis zwischen Öffentlichem und Privatem, zwischen Überlokalem

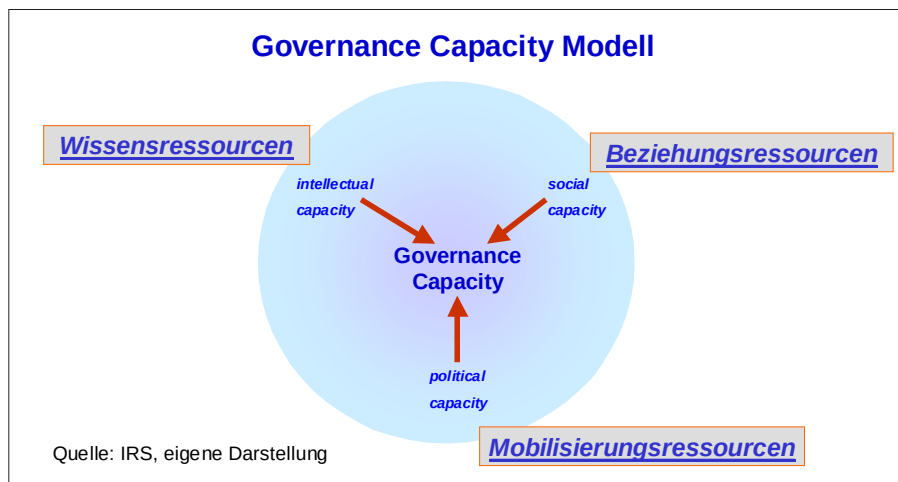
und Lokalem nicht geklärt ist. Die bloße Aussicht, dass dieses Verhältnis berührt oder thematisiert werden könnte, erzeugt Verunsicherung, aktiviert alte Ängste oder stört einfach nur den vermeintlich vorgezeichneten Gang politischer Routinen, mit denen man sich gerade erst angefreundet hatte. Natürlich ist dies kein ausschließlich ostdeutsches Problem, aber es tritt angesichts der „Neufindung“ der Zivilgesellschaft nach der Wende selten so prägnant hervor wie hier.

Sowohl die in der Steuerungspraxis Aktiven als auch die sie begleitenden „Raumforscher“ werden künftig immer häufiger darauf angewiesen sein, die lokalen und regionalen Kontexte der Einbeziehung, der Selbstbefähigung und auch der Selbstinszenierung zivilgesellschaftlicher Akteure im Rahmen von Steuerungsprozessen schärfer in den Blick zu nehmen. Die Aufgabe besteht darin, genauer zu erkennen, unter welchen Umständen sich welche Akteurskonstellationen zusammenfinden und welche lokalgesellschaftlichen Bedingungen für die Aktivierung von zivilgesellschaftlichen Handlungspotenzialen hilfreich sind.

Hans-Joachim Bürkner

Zivilgesellschaft auf dem Weg zur stadtreionalen Handlungsfähigkeit?

Neue Steuerungsformen unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure – mit dem Sammelbegriff ‚Governance‘ bezeichnet – erfreuen sich nicht nur in der sozialwissenschaftlichen Forschung wachsender Aufmerksamkeit. Sie finden auch in der politischen und wirtschaftlichen Praxis zunehmend Beachtung. So wird mit der Einrichtung neuer Hochschulen, z.B. der Gründung der ‚Hertie School of Governance‘ in Berlin sowie der ‚Humboldt-Viadrina School of Governance‘, eine Kooperation



zwischen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Europa-Universität in Frankfurt (Oder), auf den neuen Bedarf an Führungsqualifikationen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft reagiert.

Welche Entwicklungen bedingen diesen neuen Bedarf?

Im Zuge einer Entwicklung politischer Steuerungsprozesse hin zu ‚Governance‘ ändert sich das Verhältnis zwischen Steuerungsakteuren und Steuerungsadressaten. Durch die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure am Steuerungsprozess verschwimmt nämlich die Trennung zwischen Subjekt und Objekt der Steuerung. Die ehemaligen Steuerungsadressaten werden zu politisch handelnden Akteuren und fungieren damit auch als Steuerungssubjekte (Mayntz). Damit werden andere Formen des Umgangs miteinander möglich und notwendig. Es stellen sich nicht nur neue Anforderungen an die zivilgesellschaftlichen Akteure (die Bürgergesellschaft), die nun eigene Steuerungskompetenzen entwickeln müssen, sondern auch die Akteure des politisch-administrativen Systems (Regierungen, Verwaltungen) sind gefordert, sich gegenüber neuen

‚Mitspielern‘ und interaktiven Governanceformen zu öffnen.

Diese Veränderungen politischer Prozesse sind vor dem Hintergrund sozioökonomischer Entwicklungen zu sehen, die neue Anforderungen an die politische Handlungsfähigkeit stellen. So verändert die wachsende Bedeutung von Information und Wissen in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch das Lebensumfeld und den Alltag der Menschen und bringt damit sowohl Gewinner und Verlierer hervor. In räumlicher Hinsicht drohen neue Disparitäten durch unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu Informationen und Wissen aufgrund technischer Verfügbarkeit oder Bildungsvoraussetzungen – mit der Folge neuer sozialräumlicher Peripherisierungen („digital divide“). Im wachsenden globalen Wettbewerb konkurrieren Städte und Regionen als attraktive Standorte um Ansiedlungen und Arbeitsplätze. Dies führt zu Anforderungen, die in bestehenden territorialen Verwaltungseinheiten vielfach nicht zu bewältigen sind, vielmehr der Mitwirkung zusätzlicher (zivilgesellschaftlicher) Akteure bedürfen, die ihr Wissen in die

Problemlösung einbringen. So entstehen neue Raum- und Akteurskonstellationen, die zu neuen Regionsbildungen führen können (z.B. im Raum Hannover und Stuttgart). Des Weiteren erfordern Europäisierungsprozesse neue grenzüberschreitende Governanceformen, wodurch die Entstehung neuer Handlungsräume auch in bisher relativ abgeschotteten Grenzgebieten ermöglicht wird (z.B. in peripheren Gebieten an der bisherigen Außengrenze der EU).

Insgesamt führen diese gesellschaftlichen Veränderungen zu einer Entwicklung, die als „Wandel der Staatlichkeit“ (Scharpf¹) bezeichnet werden kann. Kreativität, Flexibilität, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit sowie Konflikt- und Verhandlungsfähigkeit sind Qualitäten, die in Politik- und Planungsprozessen zunehmend gefragt sind. Denn die Komplexität der damit einhergehenden Probleme macht sichtbar, dass regelhaftes Verwaltungshandeln sowie die routinemäßige Anwendung bestehender Steuerungsinstrumente erweitert werden müssen.

Zur Entwicklung von Governance Capacity

Im Rahmen des Leitprojekts „Wissensbasierte Stadtentwicklungen“ bezeichnen wir zusammenfassend die geforderten neuen Qualitäten in Politik- und Planungsprozessen als „Governance Capacity“. Damit soll die Dynamik und die Lernfähigkeit in einer Stadtregion im Sinne eines flexiblen und intelligenten Umgangs mit neuen Herausforderungen angesprochen werden. Im Kern geht es um die Entwicklung *kooperativer* und *kollektiver* Problemlösungs- und Strategiefähigkeit, wobei die Nutzung und Zusammenführung der Wissenspotenziale (in Netzwerken)

¹ Scharpf, Fritz, W. (1992): Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts. In: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Staat und Demokratie in Europa, Opladen.

² Healey, Patsy et al. (2002a): Transforming Governance, Institutional Analysis and Institutional Capacity. In: Cars, Göran et al. (Ed.): Urban Governance, Institutional Capacity and Social Milieux, Aldershot, p. 6-28.

und damit die Generierung neuen Wissens für die Innovationsfähigkeit in Stadtentwicklungsprozessen entscheidend ist.

Ähnlich wie Healey et al. (2002)² unterteilen wir „Governance Capacity“ in drei Bereiche: ‚*intellectual capacity*‘ bezeichnet dabei die Wissensressourcen in einer Stadtregion, wozu wir sowohl den Bildungsstand und das Qualifikationsniveau als auch die Wissensinstitutionen (Hochschulen, Forschungseinrichtungen etc.) zählen; mit ‚*social capacity*‘ bezeichnen wir die Beziehungsressourcen und verstehen darunter das Vermögen, kooperatives und kollektives Handeln zu erleichtern (z.B. die Vertrauensbasis, kooperationsfördernde Institutionen); unter ‚*political capacity*‘ verstehen wir die Mobilisierungsressourcen, die zivilgesellschaftliche Akteure zur Beteiligung an politischen Prozessen befähigen. Hierzu zählen u.a. die Organisations- und Artikulationsfähigkeit sowie Machtpotenziale zur Durchsetzung der Interessen. Aufgrund der Unterteilung in diese drei analytischen Kategorien konnten die spezifischen Unterschiede der Entwicklung einer „Governance Capacity“ in den drei Untersuchungsregionen Jena, Frankfurt (Oder) und Erlangen herausgearbeitet werden (vgl. Fichter, Jähne, Knorr-Siedow: 2004). Sowohl Potenziale als auch Defizite wurden sichtbar und es ergaben sich mögliche Andockstellen für die praktische Politik zur Förderung von „Governance Capacity“ insgesamt.³

Heidi Fichter-Wolf

Hoffnungsträger: Netzwerkooperation und Projektverbund

Warum wird Netzwerken heute in der Raumentwicklung große Bedeutung beigemessen? Warum spielen dabei Lernprozesse und die Generierung von (neuen) Wissensformen, die die Akteure einerseits zur Kooperation befähigen und ihnen andererseits die sozialräumlichen Zusammenhänge und Folgewirkungen ihres Tuns stärker bewusst machen sollen, eine so wichtige Rolle? Die Dynamik und Komplexität der städtischen und regionalen Entwicklung hat vor dem Hintergrund der Globalisierungs- und Transformationsprozesse seit Ende des 20. Jahrhunderts stark zugenommen. Weder können Lösungsansätze nur in den „Grenzen“ einzelner Organisationen gefunden werden, noch sind sie auf gesellschaftliche/sectorale Teilbereiche bzw. administrative Räume/Territorien zu reduzieren. Organisatorische Flexibilität, Informationen bzw. das Wissen über die Intention der „Anderen“ und der Austausch darüber werden existenziell für strategisches Handeln.

So ist es kaum verwunderlich, dass die Kompetenzentwicklung in Netzwerken ein zentrales Ziel aktueller Politikkonzepte und Förderprogramme darstellt, nicht nur in der Stadt- und Regionalentwicklung, sondern ebenso im Bereich der Unternehmensentwicklung oder der Bildungs- und Forschungsarbeit. Damit wird in der Raumentwicklung zumeist auf kooperative Steuerungsformen gesetzt, die neben bzw. im Grenzbereich von Markt und Hierarchie angesiedelt sind und die eine starke Projekt- und Umsetzungsorientierung aufweisen. Das Charakteristikum von Netzwerken in der Raumentwicklung ist, dass Akteure aus unterschiedlichen Zuständigkeitsbe-

reichen auf Zeit zusammenarbeiten, weil sie bei ausgewählten Problem- oder Fragestellungen gleiche Interessen haben. Sie bündeln ihre Potenziale und bilden themenbezogen eine gemeinsame Entscheidungs- und Verantwortungsgemeinschaft. Im Rahmen freiwilliger Kooperation bleiben sie aber weiterhin autonom und müssen deshalb Ziele und Aufgaben permanent in ihren eigenen Entscheidungsgremien rückkoppeln. Bestenfalls gehören zu Kooperations- bzw. Projektverbünden nicht nur die Vertreter öffentlicher Institutionen sondern auch private Unternehmen, wirtschaftsnahe oder bürgerschaftliche Vereine und Verbände. Den strukturpolitischen und/oder zivilgesellschaftlichen Chancen dieser Akteurskonstellationen stehen Grenzen gegenüber, die sich beispielsweise aus externen Effekten und Rahmenbedingungen, dem Majoritätsprinzip, Verteilungskonflikten oder der Teilnehmerzahl und den Transaktionskosten ergeben.

Auf der Umsetzungsebene ist deshalb zu fragen, wie in Netzwerken und Projekten solche Ansprüche eingelöst werden. Ist die Entwicklung dieser Steuerungs- bzw. Handlungsformen mit „governance capacity building“¹ verbunden, z.B. von Schlüsselakteursgruppen auf stadtregio-naler Ebene? Das IRS hat eine Reihe von Beispielen untersucht, die in diesem Zusammenhang von Interesse sind. So verband das Brandenburger Städtenetz der Regionalen Entwicklungszentren um Berlin (ARGE REZ) bereits mit der Gründung vor neun Jahren den Anspruch, zur Stärkung des heute in seiner Umsetzungsfähigkeit umstrittenen raumordnungspolitischen Leitbildes der dezentralen Konzentration beizutragen.² Heute zeigt sich, dass der Kooperationsverbund als kommunal-

³ Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in der in Kürze erscheinenden Publikation Fichter, Jähne, Knorr-Siedow (2004) dargelegt: Governance Capacity für eine wissensbasierte Stadtentwicklung. In: Matthiesen, Ulf (Hrsg.): Stadtregion und Wissen – Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtentwicklung. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

¹ Vgl. Fichter, Heidi; Jähne, Petra; Knorr-Siedow, Thomas: Governance Capacity für eine wissensbasierte Stadtentwicklung. In: Matthiesen, Ulf (Hrsg.): Stadtregion und Wissen. Wiesbaden, 2004, S. 309-336.

² Siehe auch www.städtekrantz.de bzw. Jähne, Petra: Kooperation im Städtenetz. In: Kühn, Manfred; Moss, Timothy (Hrsg.): Planungskultur und Nachhaltigkeit, Berlin, 1997, S. 185-211.

le Arbeitsgemeinschaft einerseits zur Stärkung der räumlichen Entwicklung beigetragen hat. Die Ebene der Kommunen wurde durch die Übernahme von mehr Verantwortung und Lernprozesse im Hinblick auf die Entwicklung von Zusammenarbeit gestärkt. Dies schloss und schließt raumentwicklungspolitisch brisante Themen wie Stadtumlandkooperation, Schrumpfung und Stadtbau sowie „grenzüberschreitende“ Zusammenarbeit ein, sei es im Metropolraum Berlin oder im Raum der Ostseeanrainerstaaten. Andererseits stößt diese projektorientierte Kooperation bisher dort an raumentwicklungsrelevante Grenzen, wo direkte Investitionen bzw. strukturpolitische Impulse erwartet werden (bedingt durch die bisherige Fokussierung auf einen öffentlichen Akteurskreis) bzw. bei der Durchsetzung spezifischer Interessen auf Landesebene (durch unzureichende Rückkopplungen in diese politischen Entscheidungsgremien).

Ein anderes Beispiel stellt das „dortmund-project“ dar.³ In dem im Jahre 2000 beschlossenen PPP-Wirtschaftsförderkonzept der Stadt Dortmund mit einer Laufzeit von zehn Jahren stehen strukturpolitische Zielstellungen – angelagert an die neuen Führungsindustrien IT und E-commerce, Mikrosystemtechnik und E-Logistik – im Vordergrund. Unter der Vision der „E-City Dortmund“ wird die integrierte Entwicklung der vom wirtschaftlichen Strukturwandel besonders betroffenen städtischen Teilräume („Führungsstandorte“) zusammen geführt. Verknüpft ist dies mit neuen Institutionalisierungs- und Zusammenarbeitsformen eines breiten Akteurskreises aus Politik, Verwaltung, Unternehmen, Vereinen und Verbänden. Den bisherigen Erfolgen, beispielsweise bei der Innovations-, Gründer- und Ausbildungs-

förderung oder bei überparteilichen Konsensbildungsprozessen stehen notwendige stadtentwicklungspolitische Schwerpunktsetzungen zu Gunsten ausgewählter Entwicklungsgebiete bzw. stärkere Diversifizierungen von Nutzungsformen an den Führungsstandorten gegenüber. Obwohl das beschäftigungspolitische Ziel der Schaffung von rund 70.000 Arbeitsplätzen bis zum Jahre 2010 kaum erreichbar sein wird, halten die beteiligten Akteure am prinzipiellen Konzept fest. Dies tun sie nicht zuletzt deshalb, weil das „dortmund-project“ heute für die Entwicklung eines modifizierten Leitbildes für Dortmund steht, mit dem sich auch die Bürger identifizieren können und das als Marketingstrategie nicht nur für die Stadt sondern das Ruhrgebiet insgesamt wirkt.

Auch in den im Hinblick auf Wissensmilieubildungsprozesse vom IRS untersuchten mittelgroßen Universitätsstädten spielen formelle und informelle Kooperationsformen als spezifische Governancestrukturen eine Rolle.⁴ Von den jeweiligen Rahmenbedingungen, Entwicklungsvoraussetzungen und Kommunikationsstrukturen hängt es aber ab, ob die stadtentwicklungsrelevanten Akteursgruppen ihre Potenziale für ergebnis- und zweckorientiertes Handeln – wie in Erlangen – koordinieren und verstärken oder ob Netzwerke und Projekte, in die sie partiell eingebunden sind, eher ein „Schattendasein fristen“ bzw. – wie beispielsweise in Frankfurt (Oder) – wenig miteinander verzahnt sind. Außerdem zeigt sich, dass die Entwicklung von „political capacity“ – wie in Jena – wesentlich durch Schlüsselpersonen mit Integrations- und Durchsetzungsfähigkeit bestimmt wird. Die „Kompetenz zur Handlungsfähigkeit“ wird somit zu großen Teilen durch jeweils regionspezifische „Stellschrauben“ bewirkt.

Einmal errungen, bedarf sie nicht nur der kontinuierlichen Rückversicherung, sondern – angesichts veränderlicher Rahmenbedingungen und Akteurskonstellationen – auch der kreativen Weiterentwicklung. Dies geht zumeist nicht ohne Impulse bzw. die Öffnung der Netzwerke und Projekte für Akteure von außen, aber niemals ohne die Kompetenzen der Akteure „vor Ort“ und deren „local knowledge“.

Eine Anmerkung zum Schluss: Die aktuellen Debatten um das Scheitern des „Aufbaus Ost“ und die Forderung nach effizienteren Strategien zur Entwicklung in den neuen Bundesländern basieren auf der schonungslosen Wirkung harter ökonomischer Kriterien. Diese Daten der Wirtschafts- und Sozialstatistik sagen zum einen wenig aus über die Hintergründe des Scheiterns und die fatalen Irrtümer der 1990er Jahre. Zum anderen gerät das trotzdem Erreichte (neben den identifizierten Wachstumskernen z.B. der Infrastrukturausbau, die Erhöhung des Lebensstandards, die geschaffene Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungslandschaft) und dessen Qualität bzw. die mentale Aufbauleistung, auch im Hinblick auf Netzwerkkooperationen und Projektverbünde, aus dem Blickfeld. Dies ist aber insbesondere für die Akteure in den Regionen jenseits der Wachstumskerne in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen oder Sachsen wichtig für Entwicklungsansätze. Gerade sie werden darauf angewiesen sein, auf dem Weg zu einem breiteren gesellschaftlichen Konsens Ideen und Erfahrungen „Anderer“ zur Kenntnis zu nehmen, Initiativen, Projekte usw. miteinander zu verbinden und dabei nach innovativen Finanzierungs- und Umsetzungsstrategien zu suchen. Die notwendige

³ Siehe auch www.dortmund-project.de bzw. Matthiesen, Ulf; Büttner, Kerstin; Jähnke, Petra, Fichter, Heidi: Wissenskultur und Stadt – Einfluss und Bedingungen von Wissenskultur für die Städte in Nordrhein-Westfalen. Expertise im Auftrage der Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtages von Nordrhein-Westfalen, Erkner, Dezember 2003.

⁴ Siehe dazu Fichter, Jähnke, Knorr-Siedow: 2004 ebenda.

Kurskorrektur beim „Aufbau Ost“ muss deshalb ebenso solche Erfahrungen und Lernprozesse würdigen und fördern, um zu verhindern, dass nicht auch noch die jetzt Aktiven, Kreativen und Engagierten, sich zurückziehen oder abwandern.

Petra Jähnke

Leitbildentwicklung als dialogischer Prozess – Erfahrungen aus dem Projekt Eisenhüttenstadt 2030

*Zurück nach Eisenhüttenstadt /
wo kein Mensch mehr Arbeit hat /
Eisenhüttenstadt ist schön /
niemand muss zur Arbeit geh'n*

Diese Verse – der Refrain „eines fröhlichen Schlagers“, der es im Februar 2004 immerhin in die Hörercharts einer brandenburgischen Jugendradio-Station geschafft hat – sind symptomatisch für das Image von Eisenhüttenstadt. Obwohl die Stadt – im Gegensatz zu vielen anderen ostdeutschen Klein- und Mittelstädten – mit dem EKO-Stahlwerk über einen florierenden Großbetrieb und Arbeitgeber für mehr als 3.000 Menschen verfügt, obwohl dementsprechend im brandenburgischen Städtevergleich die Haushaltseinkommen überdurchschnittlich und die Arbeitslosenquoten unterdurchschnittlich sind, wird Eisenhüttenstadt assoziiert mit Niedergang, Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Zumindest der letztgenannte Punkt betrifft nicht nur das Außenimage der Stadt, sondern kann durchaus als kennzeichnend für die Stimmung in der (verbliebenen) Bevölkerung der einstmals „sozialistischen Modellstadt“ benannt werden. Nicht zuletzt diese Ausgangssituation war Anlass für die gemeinsame Beteiligung von IRS und Eisenhüttenstädter Stadtverwaltung an dem vom BMBF geför-

derten Forschungsverbund „Stadt 2030“ mit dem Ziel, sich über das Alltagsgeschäft hinaus offen mit den Problemen der künftigen Entwicklung auseinander zu setzen und darauf aufbauend Visionen für die Zukunft der Stadt zu entwickeln.

Als eines der zentralen Ergebnisse dieses Projektes wurde nun ein Leitbild für Eisenhüttenstadt vorgelegt, das seit Januar 2003 in einem dialogischen Prozess gemeinsam mit ca. 180 städtischen Akteuren entwickelt worden ist. Dem zu Projektbeginn definierten Teilziel, einen fach- und stadtöffentlichen Diskurs über den künftigen Orientierungsrahmen der städtischen Entwicklung zu initiieren, ist damit insofern entsprochen,

schen Lebens der Stahlstadt ab, konnte sich jedoch in dieser Konstellation – so ist zu vermuten – nur durch die gemeinsame Klammer „Stadt-2030“ bilden. Dies kann auch eine Basis für das Erreichen eines weiteren Teilziels des Projektes, nämlich die Verstetigung der initiierten Prozesse, darstellen.

Bezüglich der politischen und gesellschaftlichen Verankerung des Leitbildes in der Stadt zeigt ein Blick in die Eisenhüttenstädter Lokalpresse der letzten Wochen, dass dieses Ziel (zumindest momentan) noch nicht erreichbar ist: „Heftige Kritik am Leitbild-Entwurf“ titelte beispielsweise die Märkische Oderzeitung am 16. April 2004 und



Eisenhüttenstadt – Die Stahlindustrie ist als identitätsstiftendes Merkmal von großer Bedeutung für die städtische Bevölkerung.

als dass es durch den bewusst auf breite Öffentlichkeitswirkung angelegten Charakter des Projektes gelungen ist, eine relativ heterogene, zuvor nicht gemeinsam agierende Gruppe lokaler Akteure zu mobilisieren und zum Nachdenken über die Zukunft ihrer Stadt zu bewegen. Ein stabiler Kern von Engagierten hat sich dadurch zusammengefunden. Er deckt zwar noch nicht vollständig das gesamte Spektrum des städti-

schilderte, wie das Papier tags zuvor im städtischen Bau- und Umweltausschuss abgelehnt worden war. In anderen Fachausschüssen erging es der Vorlage größtenteils nicht besser, so dass auf eine Beschlussfassung durch das Stadtparlament zunächst verzichtet wurde. Seitens der lokalen Akteure, die sich stark engagiert hatten und nun verärgert waren, wurde dies als Blockadehaltung der Stadtverordneten emp-

funden. „In dieser Stadt ist bürgerschaftliches Engagement offenbar nicht erwünscht“, so der Tenor.

Was war geschehen? Einerseits zeichnet sich ab, dass der Leitbildentwurf aufgrund schwieriger politischer Konstellationen im Zuge der letzten Kommunalwahlen in gewisser Weise zum Spielball parteipolitischer Auseinandersetzungen geworden ist. Andererseits ist in den teilweise sehr lebhaft geführten Diskussionen auch deutlich geworden, dass die Reduktion der Komplexität, die einem Leitbild eigentlich eigen sein sollte, nur schwer realisierbar ist, wenn gleichzeitig ein konsensuales, von einer breiten Akteursgruppe getragenes Ergebnis angestrebt wird. Das Eisenhüttenstädter Leitbild ist in weiten Teilen vergleichsweise abstrakt formuliert, was dazu führt, dass offensichtlich noch erheblicher Gesprächsbedarf darüber besteht, wie sich die Stadt konkret den formulierten Zielen nähern kann. Sehr deutlich wurde von den lokalen Akteuren ein Schritt für Schritt umsetzbarer Maßnahmenplan gefordert – ein solches Instrument würde aber dem von vornherein im Rahmen des „Stadt-2030“-Projektes angestrebten visionären Charakter nicht entsprechen.

Vielleicht ist es aber gerade auch dieser visionäre Charakter, der mit der gegenwärtigen Stimmungslage in Eisenhüttenstadt nur schwer vereinbar ist. Die Beschäftigung mit der Zukunft wird als etwas Negatives und Bedrohliches empfunden, da schon die gegenwärtigen alltäglichen Probleme (Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Perspektivlosigkeit) als schier unlösbar erscheinen. Der bisherige Leitbildprozess kann für Eisenhüttenstadt hierbei durchaus einen Wendepunkt und den Beginn eines Regenerierungsprozesses darstellen. Und zwar dann, wenn es gelingt, die vielversprechend gestartete Verknüpfung dialogischer Prozesse und inhaltlicher Aussagen nicht in eine Sackgasse laufen zu lassen,

sondern als wirtschafts- und sozialräumliche Kompetenz für eine offene und zugleich gestaltbare Zukunft der Stadt zu nutzen.

Weitere Infos zum Projekt unter www.eisenhuettenstadt.de (dem Link „Stadt 2030“ folgen) Kontakt im IRS: Christoph Haller, Tel. 03362/793-239, haller@irs-net.de

Lokales Wissen und „local governance“

Oft besteht ein Missverhältnis zwischen der Dynamik der Stadt- und Quartiersentwicklung und den Möglichkeiten von Politik und Planung, auf damit verbundene Probleme angemessen zu reagieren. Im Osten Deutschlands mögen der lange forcierte Aufbau von Wohnungsüberhängen und überdimensionierten Infrastrukturen mit öffentlichen Mitteln, als längst Statistiken über Wanderungen und demographische Entwicklungen in eine andere Richtung zeigten, als ein Symptom dieser Misere herhalten. Die Unfähigkeit, Entwicklungen umzusteuern, wenn z.B. parallel zu Maßnahmen der *Sozialen Stadt* weiterhin die fähigsten Bewohner aus den Problemquartieren flüchten, ist ein anderes (Berliner Sozialstrukturatlas 2004). Dabei sind es nicht allein die finanziell eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und des Staates oder etwa die Gleichgültigkeit von Akteuren, die zu den Unzulänglichkeiten führen. Oft sind gravierende Fehleinschätzungen der lokalen Verhältnisse, fehlendes Wissen und fehlende Kommunikation für die Misserfolge der Stadt- und Quartiersentwicklung verantwortlich. Im IRS ist in verschiedenen Projekten der Frage nachgegangen worden, welche Potenziale für die Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Politik und Verwaltung mit einer stärkeren Berücksichtigung des ‚lokalen Wissens‘ und Formen des lokalen Wissensmanagements verbunden sein können.

Mit lokalem Wissen bezeichnen wir eine Schnittmenge der unterschiedlichen Wissenstypen, die an einem bestimmten Ort, z.B. in einem Quartier vorhanden sind, jedoch nur soweit sie sich explizit oder wenigstens implizit als *tacit knowledge* aufeinander beziehen und aktivierbar sind. Damit beinhaltet das lokale Wissen sowohl die lokal wirksamen Anteile des an einem Ort vorhandenen Expertenwissens, wie das von Rechtsanwälten oder Klempnern, aber auch das Wissen z.B. von Müttern oder Sozialarbeitern und Lehrern über lokale Zusammenhänge, soziale Beziehungen, Konflikte und Handlungspotenziale. Es schließt aber alles Wissen aus, das entweder bewusst, z.B. aus Konkurrenzgründen vorenthalten, oder eher unbewusst, wegen fehlender Verknüpfungen und sozialer Beziehungen *den Anderen* nicht bekannt wird. Beide Wissensformen, sowohl das kodifizierte Expertenwissen als auch die eher schwer fassbaren Formen des Alltagswissens, sind für die Erschließung und das Verständnis der *Verhältnisse* bedeutsam. Gemeinsam strukturieren sie die sozialen Beziehungen am Ort und bilden den Hintergrund für lokale Aktionspotenziale, die berücksichtigt werden müssen, um Entwicklung mit einem hohen Grad an Toleranz gegenüber Veränderungen im Umfeld und gegenüber Fehlern – und deshalb mit guten Verwirklichungschancen zu steuern.

Hier kommt der Begriff der Governance ins Spiel. Wie im Beitrag von Heidi Fichter-Wolf deutlich wird, bekommt Wissen für die Steuerung von Entwicklung eine immer größere Bedeutung. Unter den Anforderungen einer sich auf das Verstehen von Prozessen und Kontextbedingungen beziehenden Steuerung haben sich die früher strikten Grenzen zwischen den planenden Akteuren und den „Objekten“ der Planung teilweise aufgelöst. Bezogen auf das Wissen kommt es deshalb darauf an, dass Planung und Verwaltung sich in die vorhandenen

lokalen Wissensnetze einbringen, sich als Garanten einer möglichst weitgehenden Verfügbarkeit der unterschiedlichen Wissensformen und als Promotoren für die Generierung neuen Wissens verstehen. Damit würde dann dem bürgerrechtlichen Anspruch auf Information als Voraussetzung für eine demokratische Beteiligung an der lokalen Entwicklung entsprochen, aber auch die Voraussetzung eines Wissensmanagements geschaffen, das dem Informationsbedarf von kontextbezogenen Steuerungsvorhaben genügt. So wird es zu einer Aufgabe, die vielfach unverbundenen Wissenstypen der unterschiedlichen örtlichen Akteure zu koppeln, um dadurch eine Neugenerierung zusätzlichen Wissens zu unterstützen, das möglicherweise das kleine Quantum enthält, das ausschlaggebend für den Erfolg oder Misserfolg von Entwicklungsplanungen ist.

Ein Ergebnis unserer Untersuchungen im Rahmen der ‚Sozialen Stadt‘ in Cottbus und den internationalen Projekten im 5. Forschungsrahmenprogramm der EU (SUREURO/Sustainable Rehabilitation in Europe, NEHOM/Neighbourhood Housing Models und RESTATE/Restructuring Large Housing Estates) sowie insbesondere im Leitprojekt der Forschungsabteilung 3 zum Thema ‚Stadt und Wissen‘ ist, dass ‚gute‘ Verfahren und Instrumente für die Steuerung lokaler Entwicklungen ganz bewusst das Management von Information sowie die Entwicklung angemessener Kommunikationsinfrastrukturen beinhalten sollten. Zeit dafür aufzuwenden, lokales Wissen aus den unterschiedlichen Quellen zusammenzuführen und zu reflektieren, erwies sich als eine gute Investition in die Lösung von Entwicklungsproblemen, die sich dynamisch entwickeln und nur durch eine zeitnahe ‚Abfrage‘ des Wissens der unterschiedlichen Akteure und der Bürger überhaupt erfasst werden können. So entwickelten z.B. textorientierte ‚integrierte Handlungs-

konzepte‘ oft nicht die erwartete Kraft und Bindewirkung (DifU 2003: Strategien für die Soziale Stadt, S. 74, ff.). Dagegen erwiesen sich lernorientierte Strategien, wie z.B. die Einrichtung von regelmäßigen Foren, etwa dem Cottbusser Gemeinwesentreffen oder auch der Plattform Marzahn, als stabile Kommunikationsräume, in denen Interessen ausgetragen und Vertrauen als Voraussetzung für erste Schritte von ‚Verwaltung‘ hin zu ‚Governance‘ entstehen konnten.

Sowohl horizontaler (zwischen im Prozess *gleichberechtigten* Akteuren) als auch vertikaler Austausch (zwischen den oft *hierarchischen* Akteurebenen) von Informationen ist eine Voraussetzung dafür, dass lokales Wissen nutzbar gemacht werden kann. Da Wissen ‚nur freiwillig eingebracht, nicht befohlen‘ werden kann (Snowden), gehen erfolgreiche *Communities of Knowledge* (vielleicht am besten mit „Wissenszirkel“ übersetzt) als ein in der modernen Wirtschaft etabliertes Instrument zur Förderung von Wissen in und zwischen Organisationen davon aus, dass die *Atmosphäre* der wissensbezogenen Kommunikation große Bedeutung hat: Die Suche nach problemadäquatem Wissen sollte nicht, wie so viele Debatten um Politik und Verfahren, von Tabus belastet sein.

Unsere Projektergebnisse zeigen, dass eine bewusste Auseinandersetzung mit dem lokalen Wissen als Ressource zu einer Öffnung der Problemlösungsstrategien und innovativen Ansätzen führen kann, dass aber zugleich eine Fokussierung auf die für die Problemlösung relevanten Themen gesichert werden muss. Dazu ist ein überlegtes Wissensmanagement zur Herstellung der Balance zwischen einem ungerichteten offenen Informationsaustausch und dem fachlichem Diskurs erforderlich, das damit zu einer neuen Aufgabe in der Steuerung lokaler Entwicklungen wird. Das (leider viel zu kurz verfolgte) Modell des Berliner Quar-

tiersfonds hat – aus unserer Sicht ganz im Gegenteil zur Kritik des Berliner Rechnungshofes – gezeigt, dass die Aktivierung lokalen Wissens zu zielgenauen und sparsamen Lösungen beitragen kann. Wenn, wie in den Quartiersjurys, systematisch eingeladene Bürger zu Wort kommen und sich Politik und Verwaltung zurücknehmen, wird Wissen aktiviert, das sonst ungehört bleibt. Solche Verfahren brauchen jedoch zu ihrer Wirksamkeit mutige, bürgeroffene Verwaltungen und Stadtpolitiker, die bereit sind, das Expertentum der Bürgerschaft für ihre eigene Umgebung als ein Kapital anzuerkennen.

Informationen zu den genannten EU-Projekten im IRS über: Thomas Knorr-Siedow; Tel.: 03362/793-235; Knorr-ST@irs-net.de



Emanzipatorische Leibniz-Gemeinschaft: Peer Mentoring Projekt gestartet

Mit dem Ziel, den Anteil von Frauen in Führungspositionen nachhaltig zu erhöhen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung das Programm „Peer Mentoring in außeruniversitären Forschungseinrichtungen“ aufgelegt. Im Sinne akademischer Selbstorganisation sollen sich hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen vernetzen und dadurch in ihrer beruflichen Entwicklung gegenseitig unterstützen. Aus der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) beteiligen sich das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V., Erkner (IRS), das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V., Dresden (IÖR), das Leibniz-Institut für Länderkunde e.V., Leipzig (IfL) so-

wie das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, gGmbH (WZB) an der zweijährigen Pilotphase, die im März 2004 startete.

Unter dem Motto „Karriereplanung durch Vielfältigkeit“ ist es das Anliegen dieses WGL-Projekts, den Karrierebegriff breiter zu fassen. Neben der klassischen akademischen Laufbahn sollen Führungspositionen im Anwendungsbereich der Forschung sowie selbstständige Tätigkeiten als Wissenschaftlerinnen und Beraterinnen in die Karriereplanung und -unterstützung einbezogen werden. Durch Vernetzungen innerhalb der WGL und in der Wissenschaftslandschaft, durch Teilnahme an speziell auf die identifizierten Karrierewege zugeschnittenen Qualifizierungsmaßnahmen sowie durch die Begleitung von zwei Wissenschaftlerinnen als Mentorinnen sollen die notwendigen Schlüsselqualifikationen erworben und Karriere-Türen geöffnet werden.

Ein wesentlicher Baustein des Programms ist die langfristige Implementierung von Peer-Mentoring in den Instituten der WGL: Die Wissenschaftlerinnen im Hause werden fachlich und in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gefördert. Dadurch entsteht ein Pool an qualifizierten Fachkräften. Durch Erschließung und Verdeutlichung von Karrierewegen bekommen die Wissenschaftlerinnen mehr Sicherheit in der Planung ihrer Berufswege; darüber hinaus wird die Attraktivität der Institute bei der Akquirierung von hochqualifizierten Frauen gesteigert. Damit erhöht sich auch die Reputation der jeweiligen Forschungsinstitute – sowohl mit der öffentlichen Anerkennung der Mitarbeiterinnen als auch durch die Förderung der Chancengleichheit. Und das kann, sowohl über die fachliche Qualifikation und das fachliche Netzwerk als auch durch den Nachweis der Chancengleichheit im Institut, auch Auswirkungen auf die Erfolge bei Förderanträgen haben.

Heidi Fichter-Wolf

Nicht nur für den internen Gebrauch gedacht: Geburtstagsgruß für Karl-Dieter Keim vom 5. April 2004

Lieber Direktor
Dieter Keim,

im Namen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung möchte ich Dir ganz herzlich zu Deinem 65. Geburtstag gratulieren.

Heute wollen wir vom IRS intern mit Dir Deinen Geburtstag begehen, Dir danken und Dir und Deiner Frau vor allem Glück und Gesundheit wünschen für die Zukunft, die Lebenszeit nach dem IRS. Keine Würdigung im Detail, aber doch zwei Bemerkungen en gros: Schaut man auf die knapp zwölf Jahre Deines Dirigats, also der Funktion als erster, seit dem 1. Juni 1992 tätiger Direktor des IRS, so fällt sofort eine erstaunliche Mischung von Kompetenzen auf, die dem IRS im Werden Halt gegeben haben:

- da ist einmal die fürsorgliche Strenge eines schwäbischen Hausvaters,
- da sind die Qualitäten eines Verwaltungsfachmanns, eines respektierten Meisters der Aktenprosa und der Kunst der Wiedervorlage,
- da ist das Verhandlungsgeschick und
- da ist vor allem Deine Kompetenz als Wissenschaftler, der mit Neugierde und Elan die raumwissenschaftliche Grundlagenforschung vorangetrieben hat – wobei die Verkopplung von kritischer Analyse und Steuerung eine wichtige Rolle spielt.

Zwölf Jahre IRS unter dem Dirigat von Karl-Dieter Keim: Ich finde die Orchester-Metapher gar nicht schlecht – allerdings mit der entscheidenden Komplikation, dass wir gemeinsam die Partitur, von der wir



spielen, in wesentlichen Teilen selbst erst haben schreiben müssen – natürlich nicht vogelfrei, sondern kontextuiert in einem Interessen-durchwirkten sozialen Raum. Aber ein genaueres Skript gab und gibt es nicht, um die früh von Dir ausgeflaggt

Leitbegriffe Zivilgesellschaft, Nachhaltigkeit, sowie die späteren wie Governance und Placemaking von ihrem Festtagsreden-Charakter zu befreien und in leitende Arbeitsbegriffe für die raumwissenschaftliche Grundlagenforschung zu übersetzen.

Für die Jüngeren und später Dazugestoßenen ist kaum noch nachzuvollziehen, wie die Startbedingungen waren und wie schwierig dieses Geschäft zu werden schien. Um so bedeutender finde ich es, dass Du nicht nur die anspruchsvollen Lasten, sondern gerade auch die enormen und spannenden Freiheitsgrade der Aufgabe betont hast, ein neues raumwissenschaftliches Institut im Metropolenraum Brandenburg/Berlin zu gründen. Und es ist Dir gelungen, uns allen das als Herausforderung zu vermitteln: Quer zu ganz unterschiedlichen disziplinären Herkunft, gesellschaftlichen Vorerfahrungen, Systembrüchen und Strukturkrisen hast Du insofern entschlossen auf individuelle und institutionelle Lernprozesse im IRS gesetzt.

Soviel so knapp zu Deiner Profilierungsleistung am IRS.

Ein letzter Dank auch dafür, dass Du Dich bereit erklärt hast, noch einige Monate in der leicht kabbelig werdenden See der Übergangszeit das Steuer in der Hand zu halten.

Gehalten von Ulf Matthiesen

Zu Besuch im IRS:

Hans Kollhoff und Helmut Geisert

Am 16. April 2004 besuchten Prof. Hans Kollhoff – in seiner Funktion als neuer Präsident des Vereins „Internationale Bauakademie Berlin“ – und Prof. Helmut Geisert das IRS und seine Wissenschaftlichen Sammlungen. Gemeinsam mit Prof. Karl-Dieter Keim, Dr. Christoph Bernhardt und Alexander Obeth erörterten sie die nächsten Vorhaben der Internationalen Bauakademie und besichtigten die Wissenschaftlichen Sammlungen. Das IRS beteiligt sich seit längerem an der Vernetzung der architekturgeschichtlichen Sammlungen im Berliner Raum und begreift die Initiative der „Internationalen Bauakademie“ un-



Prof. Helmut Geisert (li.) und Prof. Hans Kollhoff während der Besichtigung der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS.

ter anderem als Chance, seine Wissenschaftlichen Sammlungen in Berlin noch weiter bekannt zu machen. Die virtuelle Vernetzung der Sammlungen über ein Internetportal mit allgemeinen und freiem Zugang ist hier ein vorrangiges Ziel.

Kontakt über Alexander Obeth,
Tel.: 03362/793-124

Forschungskolleg: IRS intensiviert Forschungskontakte nach England

Prof. Ray Hudson, Direktor des Wolfson Research Institute an der Universität Durham (GB) war vom 1. bis 4. Juni 2004 zu Gast am IRS. Er untersucht Prozesse des wirtschaftlichen und sozialen Niedergangs und der Regenerierung krisenbetroffener Städte in England.

Aus diesem Anlass hatte die IRS-Forschungsabteilung 4 „Regenerierung schrumpfender Städte“ eine ganztägige Exkursion in zwei Städte organisiert, um die Spannweite der aktuellen Stadt- und Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg zu zeigen: auf der einen Seite Schwedt, eine typische DDR-Entwicklungsstadt mit ihrem hohen Anteil an Plattenbauten und großen wirtschaftlichen Problemen nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Ökonomie – und auf der anderen Seite Neuruppin mit hohem Altbauanteil und einer relativ stabilen Bevölkerungsentwicklung.

Im Rahmen des IRS-Forschungskollegs hielt Ray Hudson am 3. Juni 2004 einen öffentlichen Vortrag über „Spatial Disparities, Urban Decline and Urban Regeneration in Northern England“. Er zeigte am Beispiel der Region um die Städte Newcastle, Sunderland und Middlesborough, dass die Probleme des industriellen Niedergangs und der damit verbundenen Folgen für die Bewohner bereits eine lange Geschichte haben.

Zwischen Ray Hudson und dem IRS ist die inhaltliche und institutionelle Vertiefung der Kooperation sowie die Betreuung einer Dissertation (Thilo Lang, „Socio-Economic Regeneration in Small Towns Outside



Prof. Ray Hudson (Mitte) im Gespräch mit Frank Hein, Leiter des Stadtplanungsamtes Schwedt. Rechts Katja Helms, Gastdoktorandin des IRS aus dem deutsch-polnischen Europe Fellows PhD-Programme (BMBF).

the Metropolitan Regions – Alternative Concepts of Local Economic Development Promotion in the Baltic Sea Region“) verabredet worden.

Gregor Prinzensing

Vorträge

- *Christoph Bernhardt* (Abt. 2) war vom 1.-15. März als Gastprofessor an das Institut d' Urbanisme de Paris (Université Paris 12) eingeladen. Er hielt im französischen Forschungsministerium im Rahmen des interministeriellen Forschungsprogramms „Histoire et Evaluation des villes nouvelles“ einen Vortrag zum Thema „Amenagement des villes nouvelles en RDA 1945-1989“ über die neuen Planstädte der DDR.
- Auf dem ESPON Lead-Partner-Meeting in Brüssel am 3. und 4. März 2004 hielten *Hans Joachim Kujath* und *Sabine Zillmer* einen Vortrag über den gegenwärtigen

Stand des vom IRS geleiteten ESPON Projekts: „State and Interim Results of ESPON Project 2.2.2 – Pre-Accession Aid Impact Analysis“.

- Einen Vortrag zum Thema „Voraussetzungen und Wirkungsweisen von EU-Programmen zwischen Berlin/Brandenburg und Westpolen – aus mikro- und makroregionaler Sicht“ hielt *Hans Joachim Kujath* auf der Veranstaltung „EU-Osterweiterung – Zusammenarbeit in Grenzregionen“. Die Veranstaltung am 23. März 2004 wurde organisiert von der Fraktion der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus in Berlin.
- Auf Einladung des BBR nahm *Sabine Zillmer* am 24. März 2004 an der Informationsveranstaltung „Wer forscht was?“ in Bonn teil und hielt dort einen Vortrag zum Thema „Erfahrungen und Erwartungen aus der Sicht der transnationalen Projektgruppe bei der Durchführung des ESPON Projekts: Räumliche Auswirkungen des ‚Acquis Communautaire‘, der Vorbeitrittshilfen und der Phare Programme“.
- Auf der gemeinsamen Sitzung der LAG Ostdeutschlands der ARL „Umbau – eine Chance für die Raumordnung? Tendenzen der Raumentwicklung angesichts veränderter wirtschaftlicher, demographischer, gesellschaftlicher Bedingungen und neue Erfordernisse der raumbezogenen Politik“ am 26. März 2004 in Berlin, referierte *Hans Joachim Kujath* zum Thema „Umbau von Städten und Regionen. Zwischenergebnisse aus der AG Nord-Ost“.
- *Andreas Röhring* hielt am 15. April 2004 auf dem Workshop „Issues of Sustainable Land Use in European Landscapes“, der im Rahmen des europäischen Forschungsnetzwerks „Landscape Tomorrow“ an der Szent Istvan Universität Gö-

döllö (Ungarn) durchgeführt wurde, einen Vortrag mit dem Titel „Cultural landscape as a common good – institutional dimensions and path dependencies of land use“.

- Auf der Jahreskonferenz der River Restoration Centre (GB) vom 20. bis 21. April 2004 an der Universität Durham hielt *Timothy Moss* einen Vortrag zum Thema „Institutional drivers and constraints of floodplain restoration: a comparative review of projects and policy contexts in England, France and Germany“. Titel der Konferenz mit rund 280 TeilnehmerInnen war „The Need for a Catchment Scale Approach to River Restoration“ (weitere Informationen unter <http://www.therrc.co.uk>).
- Im Rahmen des Frühjahrsworkshops 2004 in Potsdam des Arbeitskreises Stadt- und Regionalentwicklung der Deutschen Gesellschaft für Evaluation „Stadt – Landschaft – Region – Aktuelle Beispiele aus der Evaluationspraxis“ hielt *Sabine Zillmer* am 22. und 23. April einen Vortrag zum Thema „Territorial Impact Assessment in der EU-Raumentwicklungspolitik“.
- Vom 29. bis 30. April 2004 fand ein Forschungskolloquium an der Universität Salford (GB) zum Thema „Urban Vulnerability and Network Failure: Constructions and Experiences of Emergencies, Crises and Collapse“ statt. Die rund 20 Beiträge befassten sich mit Ausprägungen des Zusammenbruchs technischer Infrastruktursysteme infolge technischen Versagens, terroristischer Anschläge und machtpolitischer Eingriffe sowie mit den Gegenstrategien der Verantwortlichen (Papers unter <http://www.surf.salford.ac.uk/UrbanVulnerabilityAbstracts.htm>). *Timothy Moss* hielt einen Vortrag zum Thema „Geopolitical upheaval and embedded infrastructures:

Securing energy and water services in a divided Berlin“.

- Im Rahmen der Tagung „Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat“, einer gemeinsamen Veranstaltung des Instituts für Soziologie, Raumplanung und Architektur der TU Wien, der BTU Cottbus und des Vereins „stadt + raum“, referierte *Ludger Gailing* am 30. April 2004 in Wien zum Thema „Regionalparkstrategien für eine projektorientierte Freiraumpolitik in Stadtregionen – Lösung der problems of institutional interplay?“
- Auf dem zweiten Workshop des Netzwerkes ostdeutscher Institutionenforscher unter dem Titel „Institutionenanalyse natürlicher Ressourcen“ vom 6. bis 7. Mai 2004 an der Humboldt-Universität zu Berlin hielt *Timothy Moss* einen Vortrag zum Thema „Dissecting institutions: Bestandteile einer institutionellen Konfiguration am Beispiel der Wasserwirtschaft“. Eine Veröffentlichung der Beiträge in einem Sammelband ist geplant.
- Vom 14. bis 15. Mai 2004 fand an der Technischen Universität Chemnitz die Bilanztagung des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Promotionskollegs „Nachhaltige Regionalentwicklung in Ostdeutschland“ statt. Als externer Referent hielt *Timothy Moss* den abschließenden Beitrag „Nachhaltigkeit – als Forschungsthema passé? Eine Positionsbestimmung zur Erforschung einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung“.
- Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung hielt *Gerhard Mahnken* am 17. Mai 2004 im Rathaus der Stadt Frankfurt/Oder den Vortrag „Regionale Entwicklung erfordert den Dialog“. Der Vortrag war eingebettet in die Veranstaltung „Regionalforum zu den

Perspektiven der Lokalen Agenda 21 und des bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen der Regionalen Planungsgemeinschaft ODERLAND-SPREE“.

- An der Technischen Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung (ISR) in Berlin hielt *Hans Joachim Kujath* am 17. Mai 2004 den Vortrag „Standortwettbewerb der europäischen Metropolregionen.“

ESPON Seminar

In Lillehammer (Norwegen) fand am 10. und 11. Mai 2004 das diesjährige Frühjahrsseminar des INTERREG III ESPON Programms mit etwa 150 Teilnehmern aus dem gesamten ESPON Raum (EU 25 + 2 + Norwegen und Schweiz) statt. Im Mittelpunkt stand diesmal neben der Vorstellung aktueller Zwischenberichte und -ergebnisse vor allem die Diskussion methodischer Aspekte zur Entwicklung räumlicher Szenarien für den ESPON Raum sowie die Arbeit in Workshops zur Vertiefung der Koordination zwischen den verschiedenen ESPON Projekten. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Ansätze der Entwicklung von Politikempfehlungen auf verschiedenen räumlichen Ebenen, die Entwicklung regionaler Typologien und eine weitergehende Abstimmung der Kernindikatoren diskutiert. Diese Arbeiten münden unter anderem in einen Synthesis Report (Zwischenbericht Stand Herbst 2003 liegt bereits vor) sowie einen ESPON ‚Atlas‘, welcher die wichtigsten räumlichen Strukturen in Europa abbilden wird.

Homepage: www.espon.lu;
Kontakt im IRS: Dr. Sabine Zillmer (zillmers@irs-net.de, Tel. 03362/793-186) ■

Berufung

Dr. Jochen Monstadt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der IRS-Forschungsabteilung 2 "Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern“, wurde vom Präsidium der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zum Korrespondierenden Mitglied berufen. Mit dieser Berufung würdigt die Akademie die Tätigkeiten des Wissenschaftlers im Bereich der raumbezogenen Forschung, Planung und Politikberatung.

Arbeitskreis Agglomerationsforschung gegründet

Am 30. April hat sich der Arbeitskreis Agglomerationsforschung gegründet, der in Kooperation von ARL Hannover, DiFU Berlin, ILS Dortmund und IRS Erkner entstanden ist. Weitere Teilnehmer sind Dr. Aaring und Prof. Bröcker von der Universität Kiel. Prof. Knieling (Uni Hamburg-Harburg) wird den Arbeitskreis leiten. Das IRS wird von Dr. Hans Joachim Kujath vertreten. Ziel des Arbeitskreises ist es, die theoretische Debatte der Agglomerationsentwicklung zu vertiefen und weiterzuentwickeln sowie sich daraus ergebende Schlussfolgerungen für die deutsche Raumentwicklung und -entwicklungspolitik zu ziehen.

Neues Projekt: HERMES

Das EU-Projekt „**Harnessing Employment, Regional Mobility and Entrepreneurship in South-Eastern Europe** – Nutzbar Machung von Beschäftigung, regionaler Mobilität und Unternehmertum in Südosteuropa“ wurde unter Leitung des Institute of Urban Environment and Human Resources (UEHR) an der Panteion Universität Athen in Zusammenarbeit mit weiteren griechischen, türkischen, bulgarischen Akteuren sowie dem IRS beantragt. Dieses Projekt dient der Vorbereitung von EU Grenzregionen auf Wirkungen, die diesen Regionen aufgrund der EU Osterweiterung erwachsen. Das Hauptziel des Projekts besteht darin, die Wettbewerbsfähigkeit und räumliche sozio-ökonomische Kohäsion in vier griechischen Grenzregionen nachhaltig zu verbessern, indem die Notwendigkeiten der regionalen Arbeitsmärkte analysiert und im weiteren Verlauf exemplarische Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Die Aufgabe des IRS besteht in diesem Projekt in der wissenschaftlichen Unterstützung der etwa zwei Jahre andauernden Projektdurchführung.

Kontakt im IRS: Dr. Hans Joachim Kujath (kujathh@irs-net.de, Tel. 03362/793-150) und Dr. Sabine Zillmer (zillmers@irs-net.de, Tel. 03362/793-186) ■

Projekttreffen Coronas Metropolitanas

Im Rahmen des Interreg IIIC Projektes „Coronas Metropolitanas“ wird vom 8.-10. September das nächste internationale Treffen stattfinden. Thematisch werden vor allem gemeindenübergreifende Kooperationen von Städten im Umland, von Metropolen sowie zwischen Metropolen und deren Umland stehen. In diesem Zusammenhang werden Vertreter der ARGE REZ, der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Präfektur von Athen, des Nordost Konsortiums Madrid und der Metropolregion Rom ihre jeweiligen Städtetnetze und Projekte vorstellen.

Kontakt im IRS: Suntje Schmidt (schmidts@irs-net.de)

Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)

ARL

Werner-Ernst-Preis 2004 ausgeschrieben

Der Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e. V. (FRU) veranstaltet zum 13. Mal seinen Förderpreis-Wettbewerb, der seit 2003 den Namen „Werner-Ernst-Preis“ trägt.*

Das Rahmenthema des Wettbewerbs 2004 lautet: Umbau von Städten und Regionen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels: Nicht nur ein ostdeutsches Problem.

Eine unabhängige Jury entscheidet über die Vergabe des Förderpreises in Höhe von 4.500 Euro. Die Wettbewerbsbeiträge sollen nicht mehr als etwa 20 Seiten umfassen; die Bewerber/-innen dürfen zum Zeitpunkt des Abgabetermins 10. November 2004 nicht älter als 35 Jahre sein. Zugelassen sind auch Teams aus bis zu drei Autoren/-innen.

Die Preisverleihung erfolgt im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zusammen mit weiteren raumwissenschaftlichen Einrichtungen voraussichtlich Anfang 2005 in Berlin.

Die Ausschreibung mit Erläuterungen zum Thema und den Teilnahmebedingungen ist erhältlich beim Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e. V., Hohenzollernstr. 11, 30161 Hannover (Tel. 0511/34842-39,

Fax: 0511/34842-41, E-Mail FRU@arl-net.de) und auf der Homepage des FRU einsehbar: www.FRU-online.de.

Der Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e. V. verwendet seine aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden aufbrachten Mittel für die Förderung des Nachwuchses in Wissenschaft und Planungspraxis.

Eduard Oswald hebt Bedeutung der ARL-Tätigkeit hervor

Das seit Jahren traditionelle Parlamentarische Arbeitsgespräch der ARL mit dem Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen fand in diesem Jahr am 5. Mai statt. Der Ausschussvorsitzende, MdB Eduard Oswald, wies darauf hin, dass die Parlamentarier durch die Tätigkeit der ARL und das breite Spektrum ihrer Publikationen wichtige Entscheidungsgrundlagen erhielten.

Die Parlamentarier folgten der Einladung der ARL zu den Themen „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels“ und „Strategien für Großstadregionen im 21. Jahrhundert“, vertreten durch die Arbeitskreisleiter Prof. Paul Gans (Mannheim) und Prof. Johann Jessen (Stuttgart). Sie beklagten einen Mangel an Steuerungsinstrumenten, um den damit zusammenhängenden Problemen effizient entgegen treten zu können. Insoweit bekräftigten sie die Notwendigkeit einer veränderten finanziellen Basis von Kommunen und auch Regionen. Diesbezüglich verdeutlichten sie auch den Bedarf an der Aufbereitung von Best-Practice-Beispielen sowie der grundsätzlich mit finanzpolitischen Aspekten zu verknüpfenden Erarbeitung von Empfehlungen zur Steuerung räumlicher Entwicklungen.

Evelyn Gustedt, Tel. 0511/34842-29
Gustedt@ARL-net.de

IfL

Institut beteiligte sich am 100. Amerikanischen Geographentag

Vom 13. bis 20. März 2004 unternahmen Dr. Heinz Peter Brogiato und Dr. Ute Wardenga aus Anlass des 100. Amerikanischen Geographentages eine Dienstreise nach Philadelphia (USA). Im Rahmen der von Prof. Dr. Wolfgang Natter (Department of Geography, University of Kentucky, Lexington) organisierten Session „Circuits of Exchange between German and U.S. Geography prior to the II. World War“ stellten die beiden IfL-Mitarbeiter bislang noch nicht ausgewertetes Material aus dem „Archiv für Geographie“ vor. Heinz Peter Brogiato ging in seinem Vortrag anhand der im Archiv vorhandenen Photographien von Stangens Gesellschaftsreisen dem Bild nach, das den Teilnehmern der Exkursionen von der Neuen Welt vermittelt wurde. Er arbeitete dabei heraus, dass die von amerikanischen Fotografen gemachten Bilder sich im Spannungsfeld von Modernität in Städtebau, Architektur und Verkehrswesen einerseits und den Attraktionen der Naturlandschaft andererseits bewegten und damit ein Bild Amerikas reproduzierten, das auch in der deutschen Medienwelt geläufig war. Ute Wardenga verfolgte mit Hilfe von Material aus dem Nachlass Emil Meynen die Frage, durch welche theoretischen und weltanschaulichen Vorannahmen die wissenschaftlichen Beobachtungen gesteuert wurden, die Meynen im Rahmen seiner 1930 bis 1932 durchgeführten Forschungsreisen im ländlichen Raum Pennsylvaniens durchgeführt hat. Sie konnte dabei zeigen, dass Meynen während seines Amerikaaufenthaltes deutliche Tendenzen zeigte, sich von der in Deutschland heftig diskutierten Volks- und Kulturbodenforschung zu lösen und seine Forschungen in Richtung auf eine Sozialgeographie von Religionsgemeinschaften weiter zu entwickeln, nach seiner Rückkehr jedoch in das völkische Paradigma der Volks- und

*Der Preis ist nach Staatssekretär a.D. Professor Dr. Dr. h.c. Werner Ernst benannt, einer Persönlichkeit, die sich in der Exekutive (zuletzt als Staatssekretär im damaligen Wohnungsbauministerium, später Innenministerium des Bundes), in der Judikative (als Bundesrichter) und in der Wissenschaft (als Hochschullehrer in Berlin und Münster sowie als Präsident der ARL) hohes Ansehen erworben hatte.

Kulturbodenforschung zurückfiel und dadurch den ländlichen Raum Pennsylvaniens zum Paradebeispiel eines deutschen Kulturbodens stilisierte.

Berufung

Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig hat Herrn Prof. Dr. Sebastian Lentz in ihrer Plenarsitzung vom 13. Februar 2004 zum Ordentlichen Mitglied ihrer Philologisch-historischen Klasse gewählt. Am 23. April 2004 wurde Sebastian Lentz in der Öffentlichen Frühjahrssitzung die Urkunde für neue Akademiemitglieder überreicht.

IÖR

Natura 2000 – europäisches Schutzgebietssystem mit Löchern

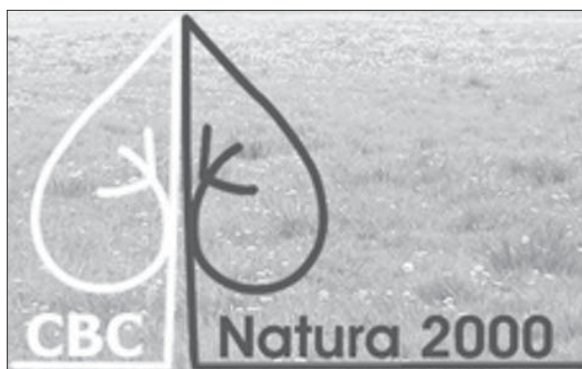
Rund 70 Experten aus sieben europäischen Ländern trafen sich am Freitag, den 7.5.2004, im Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden, um sich über das zurzeit anspruchsvollste Naturschutzvorhaben der EU mit dem Namen „Natura 2000“ auszutauschen.

Das Ziel von Natura 2000 bzw. der FFH Richtlinie ist der Aufbau eines europaweiten repräsentativen Schutzgebietssystems, um die biologische Vielfalt in Europa zu erhalten und für zukünftige Generationen zu sichern.

Im Mittelpunkt der Tagung stand eine ehemalige Außengrenze der EU, nämlich die Grenze Deutschlands mit Polen und der Tschechischen Republik. Die Experten stellten erhebliche Probleme bei der grenzüberschreitenden Umsetzung der FFH Richtlinie fest. Es gibt keine gemeinsamen grenzüberschrei-

tenden Datengrundlagen. Dadurch gehen erhebliche Chancen für die Sicherung der biologischen Vielfalt verloren. Nur eine grenzüberschreitende Ausweisung sichert den langfristigen Fortbestand der Gebiete, die auch eine ökologische Einheit bilden.

Deshalb sprachen sich die Experten für einen verstärkten Austausch - insbesondere auf der regionalen Ebene - über geplante Natura-2000-Gebiete aus. Dabei sollte man nicht auf Vorgaben der EU aus Brüssel warten. Forschung, praktische Kooperation und Öffentlichkeitsarbeit sollten in grenzüberschreitenden Regionen verstärkt werden, um die biologische Vielfalt zu sichern. Um Ängste und Befürchtungen über mögliche Konsequenzen der Ausweisung von Schutzgebieten abzubauen, plädierten die Experten für eine frühzeitige Integration der Bevölkerung beiderseits der Grenzen.



Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem European Centre for Nature Conservation, ECNC, aus den Niederlanden durchgeführt.

Weitere Informationen:

<http://www.ioer.de/cbc-natura-2000>,

<http://www.ioer.de>

Kontakt:

Dr. Carsten Kolbe

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V., Dresden

Tel.: 0351-4679-241,

E-Mail: c.kolbe@ioer.de

Neu im IRS



Seit dem 1. April 2004 arbeitet Ulrike Wolf in der Forschungsabteilung 1 „Regionalisierung und Wirtschaftsräume“ als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Rahmen des BMVBW Projekts „Mobilität im suburbanen Raum. Neue verkehrliche und raumordnerische Implikationen des räumlichen Strukturwandels“. In diesem Zusammenhang untersucht sie in ausgewählten Fallstudienregionen die Konstruktion von Leitbildern und die Genese von Planungsprozessen mit Bezug zur Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im suburbanen Raum. Ziel ist die Analyse und Bewertung gegenwärtiger raumordnerischer Leitbilder bezüglich ihrer Aktualität und Wirksamkeit. Ulrike Wolf studierte Geographie mit dem Schwerpunkt geographische Stadtforschung sowie Kartographie und Betriebswirtschaftslehre an der FU Berlin und an der Wilfrid Laurier University in Kanada. Während ihres Studiums, das sie Ende 2003 mit dem Diplom abschloss, war sie als studentische Mitarbeiterin in der Projektgruppe Mobilität am WZB und in der Abteilung „Gesellschaft und Technik“ bei DaimlerChrysler tätig. ■

Soeben erschienen

Im Schatten der Moderne. Gustav Lüdecke 1890-1976

Holger Barth, der bis 1999 als Leiter der Wissenschaftlichen Sammlungen am IRS beschäftigt war, hat seine Promotion an der Hamburger Hochschule für bildende Künste abgeschlossen. Im Fokus seiner Dissertation steht die Werkbiografie des Ar-



Lüdecke mit seiner Frau im Garten, Hellaerau 1920



Haus am Südhang, Erfurt 1919

chitekten Gustav Lüdecke, dessen Nachlass mit seinen mehr als 2.000 Zeichnungen zu den IRS Sammlungsbeständen zählt. In einer Melange aus Mikro- und Makrogeschichte spürt der Bauhistoriker die

Begriffe und Gegenhorizonte auf, die konstitutiv sind, um die Moderne in ihrer Pluralität wahrnehmen zu können. Dabei schreckt er nicht davor zurück, sich auf den Parcours fremder Fachdisziplinen zu begeben, um auf methodische und theoretische Defizite in der Baugeschichtsforschung aufmerksam zu machen. Den Beweis tritt er mit einer Fallrekonstruktion an, die gerade deshalb Rückschlüsse zulässt, weil sie sich dem Werk eines Architekten in der „zweiten Reihe“ stellt. Die Dissertation ist im Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur (www.dortmunder-vertrieb.de) erschienen.

Veröffentlichungen

- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 29; Berlin und Bonn, 2004. – 175 Seiten; Konzept und Bearbeitung: Thomas Kuder, Dagmar Tille .
Darin Beiträge aus dem IRS von:
- KUDER, Thomas; TILLE, Dagmar: 11. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz: Historische Städte im Stadtumbauprozess, S. 7-11
- TILLE, Dagmar: Bericht im Plenum aus der Arbeitsgruppe "Städtebaulicher Denkmalschutz und Stadtumbau", S. 85-88
- BÜRKNER, Hans-Joachim: Thesen der Arbeitsgruppe "Wohnen in der historischen Stadt, insbesondere für junge Familien", S. 89-90
- Kühn, Manfred: Bericht im Plenum aus der Arbeitsgruppe "Wohnen in der historischen Stadt, insbesondere für junge Familien", S. 107-108

- HESSE, Markus: Mobilität und Verkehr in Suburbia – Dehnung von Raum und Zeit. In: Forum Bau und Raum des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Bonn: Sub-

urbia: Perspektiven jenseits von Zersiedelung, Bonn 2004, S. 38-40

- FICHTER, Heidi ; MOSS, Timothy: Regionaler Institutionenwandel durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie. In: Dombrowsky, Ines; Wittmer, Heidi; Rauschmeyer, Felix (Hrsg.): Institutionen im Naturschutz und Ressourcenmanagement – Beiträge der Neuen Institutionenökonomik, Bonn: UFZ, 2004 (UFZ-Bericht Nr. 7/2004), S. 72-86
- KEIM, Karl-Dieter: Ein kreativer Blick auf schrumpfende Städte. In: Siebel, Walter (Hrsg.) Die europäische Stadt. Frankfurt/M.: edition suhrkamp, 2004, S. 208-218
- KÜHN, Manfred: Suburbia: Wohnen im Grünen – Zersiedeln der Landschaft? In: Forum Bau und Raum des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Bonn: Suburbia: Perspektiven jenseits von Zersiedelung, Bonn 2004, S. 69-71
- LIEBMANN, Heike ; ROBISCHON, Tobias: Neue Strategien für den kommunalen Wandel. In: Vorgänge 165. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 43. Jg., Heft 1, März 2004, S. 70-78
- MATTHIESEN, Ulf (Hrsg.): Stadtregion und Wissen – Analysen und Plädoyers für eine wissenschaftsbasierte Stadtpolitik. Wiesbaden: VS Verlag, 2004. – 342 Seiten
Darin Beiträge aus dem IRS von:
- MATTHIESEN, Ulf: Wissen in Stadtregionen. Forschungsergebnisse und Streitfragen, Orientierungswissen und Handlungspositionen. S. 11-28
MATTHIESEN Ulf ; BÜRKNER, Hans-Joachim: Wissensmilieus – Zur sozialen Konstruktion und analytischen Rekonstruktion eines neuen Sozialraum-Typus. S. 65-90
- WOLKE, Manuela ; SCHMIDT, Sunte: Berlin und München als

Standorte wissensintensiver Dienstleister – Verflechtungsmuster, Interaktionsstrukturen und metropolitane Standortanforderungen. S. 123-148

- BÜRKNER, Hans-Joachim: Wissensmilieus und Kompetenznetzwerke mit heterogenen Ortsbezügen – Herausforderungen für eine irritierte Stadtpolitik. S. 159-170

- RIETDORF, Werner: Disparitäten zwischen schrumpfenden und wachsenden Städten in Ost- und Westdeutschland – sowie ihre Querbezüge zu differenziellen Wissensbasierungsdynamiken. S. 193-222

- BEHR, Adalbert: Universitäts- sowie Forschungs- und Entwicklungsstandorte als Faktoren der stadtreionalen Entwicklung. S. 223-250

- Kühn, Manfred: Wissen schafft Stadt. FuE-basierte Siedlungsentwicklung in deutschen Stadtreionen. S. 251-268

- KNORR-SIEDOW, Thomas ; GANDELSONAS, Catalina: Lokales Wissen in Stadt- und Quartiersentwicklung. S. 293-308

- FICHTER, Heidi ; JÄHNKE, Petra; KNORR-SIEDOW, Thomas: Governance Capacity für eine wissensbasierte Stadtentwicklung. S. 309-336

■ MATTHIESEN, Ulf ; BÜTTNER, Kerstin ; JÄHNKE, Petra ; LANGE, Bastian: Zwischen Spardiktat und Exellenzansprüchen – Wissenschaftsstadt Berlin. In: DISP, 156, 1/2004, Zürich 2004, S. 75-87

■ MATTHIESEN, Ulf: Bürgergesellschaftliche Formen der Selbstorganisation in Suburbia. In: Forum Bau und Raum des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Bonn: Suburbia: Perspektiven jenseits von Zersiedelung, Bonn 2004, S. 25-31

■ MATTHIESEN, Ulf: Das Ende der Illusionen – Regionale Entwicklung

in Brandenburg und Konsequenzen für einen Aufbruch. In: perspektive 21: Entscheidung im Osten: Innovation oder Niedriglohn, Potsdam, SPD-Landesverband Brandenburg, Heft 21/22, 2004, S. 97-113

■ MOSS, Timothy ; FICHTER, Heidi: Promoting sustainable development in EU structural fund programmes. Lessons from regional case studies. In: Innovation (Interdisciplinary Centre for Comparative Research in the Social Sciences) Vol. 17, No. 1, 2004. – 23 Seiten

■ MOSS, Timothy et. al: A case for floodplain forests? In: The Flooded Forest, Guidance for policy makers and river managers in Europe on the restoration of floodplain forests; Published in 2003 by: The FLOBAR2 Project, Department of Geography, University of Cambridge, Downing Place, Cambridge, UK CM2 3 EN (www.flobar.geog.cam.ac.uk/reports/final/), S. 6-24

■ MOSS, Timothy et. al: What prospects for restoration? In: The Flooded Forest, Guidance for policy makers and river managers in Europe on the restoration of floodplain forests; Published in 2003 by: The FLOBAR2 Project, Department of Geography, University of Cambridge, Downing Place, Cambridge, UK CM2 3 EN, S. 71-84

■ MOSS, Timothy et. al: What are the principle challenges? In: The Flooded Forest, Guidance for policy makers and river managers in Europe on the restoration of floodplain forests; Published in 2003 by: The FLOBAR2 Project, Department of Geography, University of Cambridge, Downing Place, Cambridge, UK CM2 3 EN, S. 85-90

RÖHRING, Andreas: Institutional Interplay – Anwendung eines institutionentheoretischen Untersuchungsansatzes in der raumwissenschaftlichen Forschung am Beispiel von Landwirtschaft und Gewässerschutz. In: Dombrowsky, I.; Wittmer, H.; Rauschmayer, F. (Hrsg.): Institutionen in Naturschutz und Ressourcenmanagement – Beiträge der Neuen Institutionenökonomik. Leipzig: UFZ, 2004 (UFZ-Bericht Nr. 7/2004), S. 87-98

Online

■ Working Paper: Im Rahmen des ESPON Projekts 2.2.2. zur Analyse der räumlichen Wirkungen der Vorbeitrittshilfen in den Kandidatenländern und neuen Mitgliedsstaaten haben Kirsten Kunkel und Sabine Zillmer in Zusammenarbeit mit Irene McMaster von EPRC in Glasgow ein Working Paper mit dem Titel „Regional Conditions in the Candidate Countries in Relation to ESDP Objectives“ erarbeitet. Das Working Paper ist abrufbar unter: <http://www.irs-net.de/download/ESDP.pdf>.

■ LANG, Tilo: Ausgabe 1_2004 des Online-Magazins „Städte im Umbruch – das Online-Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau und Regenerierung“, hervorgegangen aus dem „Online-Magazin zur schrumpfenden Stadt“ (<http://www.schrumpfendestadt.de/magazin.htm>)

Darin:

LANG, Tilo ; TENZ, Eric et. al: Städte im Umbruch. S. 3-6

HALLER, Christoph: Plädoyer für klare Begrifflichkeiten im Stadtumbauprozess. S. 42-46

Nachlese . . .

Das IRS in den Medien

„... Der mit der Formulierung „Stadtumbau als lernendes Programm“ erhobene Anspruch wird seit Anfang 2004 durch den Aufbau einer Transferstelle „Stadtumbau Ost“ eingelöst. Diese Aufgabe übernimmt das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner im Auftrag des BMVBW, vertreten durch das BBR ...“

(Die Wohnungswirtschaft, 2/2004)

„... Auslöser dafür waren die unbequemen Fragen von Taz-Redakteur Uwe Rada, der die Diskussionsrunde moderierte. Unterstützt wurde er von den „bösen Buben“ Lars Scharnholtz von der IBA-Fürst-Pückler-Land und Ulf Matthiesen vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner, der zu den Kritikern des symbolischen Händeschüttelns zählt ...“

(Gubener Rundschau, 18.02.2004)

„... Wenn in Deutschlands Expertenzirkeln über die Entwicklung der großen Wirtschaftsregionen diskutiert wird, fällt häufig der Name Frankfurt/Rhein-Main. Die Popularität ist von zweifelhaftem Nutzen. Frankfurt, heißt es, sei dort, wo nur diskutiert werde, wo man nichts hinbekomme und nicht fähig sei, sich auf eine Vision zu verständigen, sagt Hans Joachim Kujath, Leiter der Abteilung Regionale Entwicklung am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) ...“

(Frankfurter Rundschau/Online, 02.03.2004)

„... Preiswürdige Innenstadt in Ausstellung gewürdigt ... „Das Konzept, die Stadt zum Wasser zu führen und zugleich Wissenschaft, Handel und gesellschaftliches Leben zu verbinden, hat die Jury überzeugt“, sagte Dagmar Tille vom Institut für Regionalentwicklung in Erkner ...“

(Ostsee-Zeitung, 22.03.2004)

„... Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ost-

deutschland ... Einen guten Überblick über deren Spannweite bietet der vom Direktor des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin herausgegebene Sammelband ...“

(DISP 4/2004)

„... Darauf hingewiesen hat vor einiger Zeit das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) im brandenburgischen Erkner. Dort nehmen die Wissenschaftler an, dass die erwartete Wirtschaftsbelebung die Grenzregion „froschartig“ überspringen wird. Ulf Matthiesen vom IRS hat jüngst vor der „Fallhöhe zwischen offizieller und symbolischer Politik ... und den Problemen in den lokalen Grenzmilieus“ gewarnt ...“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.05.2004)

„... Auf der Grundlage zahlreicher Basisstudien prognostiziert das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin in seiner jüngsten Publikation (IRS aktuell, Nr. 43, April 2004) die Herausbildung einer neuen grenzüberschreitenden Kernzone, die eine „neue räumliche Arbeitsteilung in größerem Maßstab“ einleiten werde (Michael Arndt, Angelika Pauli). Eine zentrale Rolle über bisherige Erwartungen hinaus erlangt in diesem Szenario Berlin und seine Verbindung zu Polen ...“

(Die Welt, 05.05.2004)

„... Eine Wanderung entlang der Ostgrenze ... Und es ist ausgerechnet diese Region, wo die meisten Verlierer der Einigung leben ... Und weil der Aufschwung diesen Streifen Europa auch jetzt „froschartig“ überspringen könnte, wie das die Wissenschaftler des brandenburgischen Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung vorhersagen ...“

(Der Spiegel, 10.05.2004)

Das Institutsgebäude des IRS an der Flakenstraße in Erkner bei Berlin ist mit dem Regionalexpress von Berlin Mitte in 25 Minuten zu erreichen.



Die Fußgängerbrücke über das Flakenfließ führt vom S-Bahnhof Erkner zum IRS.

I M P R E S S U M

IRS aktuell No. 44 Juli 2004
ISSN 0944-7377

Herausgeber: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung

Leitung: Prof. Dr. Karl-Dieter Keim

Redaktion: Gerhard Mahnken M.A.
(v.i.S.d.P.) und Petra Koch

DTP: Petra Geral

Fotos: IRS: S. 3, 7, 10, 11, 15, 18
Bildarchiv-IRS: S. 16

Anschrift: Flakenstraße 28-31
D-15537 Erkner (bei Berlin)

Telefon: + 49 (0) 03362/793-0
Fax: + 49 (0) 03362/793-111
E-Mail: MahnkenG@irs-net.de
Internet: www.irs-net.de

Bestellung von Publikationen: 03362/793-118

IRS aktuell erscheint vierteljährlich
(Januar, April, Juli, Oktober)
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Druck: Druckerei Schulz